Mittwoch, den 22. Februar 1933

Opłata pocztowa uiszczona ryczałtem

Einzelnummer 15 Groschen

Lodzer Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens.

Nr. 53. Die „Lodzer Volkszeitung" erscheint täglich morgens, an Tagen nach einem Feiertag oder Sonntag mittags. Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Zloty 4.—, wöchentlich Zloty 1.—; Ausland: monatlich Zloty 7.—, jährlich Zloty 84.—. Einzelnummer 15 Groschen, Sonntags 25 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer 109
Telephon 136-90. Postscheckkonto 63.508
Geschäftsstunden von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends. Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 2.30—3.30.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Millimeterzeile 15 Groschen, im Text die dreigespaltene Millimeterzeile 60 Groschen. Stellengesuche 50 Prozent Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinsnotizen und Ankündigungen im Text für die Druckzeile 1.— Zloty; falls diesbezügliche Anzeige aufgegeben — gratis. Für das Ausland 100 Prozent Zuschlag.

11. Jahrg.

Hochschulgesetz durchgepeitscht.

Gestern in 2. und 3. Lesung angenommen. — Beispiellose Guillotinierung der Debatte.

In der gestrigen Sitzung des Sejm wurde zur Einzeldebatte über das Hochschulgesetz geschritten. Und hier im Plenum wiederholte sich das gleiche Spiel wie in der Kommission, indem das Sejmpräsidium in engstem Einverständnis mit der Regierungsmehrheit die Debatte guillotinierte. Gleich zu Beginn der Sitzung, bevor dem ersten Redner das Wort erteilt wurde, erklärte der Sejmmarschall, daß er die Debatte auf 15 Minuten zu jedem Artikel beschränke. Die Abgeordneten wurden aufgefordert, sich streng am Thema zu halten, da eine breitere Diskussion nicht zugelassen werde. Die Opposition, die der Regierungsmehrheit die Beschließung dieses die Hochschulautonomie vollständig untergrabenden Gesetzes so weit wie möglich zu erschweren suchte, nahm zu jedem Artikel des Gesetzes das Wort, um wenigstens in der Zeit der ihr zur Verfügung stehenden 15 Minuten ihre Stellungnahme zu präzisieren. Aber selbst diese beschränkte Redefreiheit war der Regierungsmehrheit noch zu weitgehend. Einigemal im Verlauf der Debatte, und gerade immer zu den wichtigsten Artikeln, liefen Anträge auf Schluß der Debatte ein, die dann selbstverständlich auch immer angenommen wurden. Auch die von der Opposition in einer Anzahl von über 100 eingebrachten Verbesserungsanträge hinderten die Regierungsmehrheit nicht, die Galoppade der artikelweisen Beschließung des Gesetzes fortzusetzen.

Unter den zahlreichen Diskussionsrednern befand sich u. a. auch der Abg. Zahajkiewicz vom ukrainischen Klub, welcher zu Punkt 2 des Gesetzes verlangte, daß im Verzeichnis der Hochschulen auch die „Ukrainische Universität in Lemberg" enthalten sein soll, von welcher im Gesetz über die Wojewodschaftsselbstverwaltung vom Jahre 1922 die Rede ist.

Im Zusammenhang mit dieser Forderung verurteilte der nächste Redner, Abg. Dubois (PPS.), in scharfer Weise die Minderheitenpolitik der Sanacja, die er in höchstem Grade nationalistisch bezeichnete. Die PPS. glaube darum nicht daran, daß die Sanacja eine ukrainische Universität eröffnen werde. Inzwischen verschlimmern sich die Verhältnisse in den Ostgebieten immer mehr. Redner erinnert hierbei an die geheimnisvolle Ermordung des Abg. Holowko und die hierüber von der „Vossischen Zeitung" gebrachten Revelationen, doch läßt ihn der Marschall hierüber nicht sprechen.

Auch der Unterrichtsminister Jendrzejewicz nahm im Verlaufe der Sitzung das Wort. Man merkte seinen Ausführungen eine bedeutende Aufregung an. Im großen und ganzen wiederholte er nur das, was in der Bildungskommission bereits gesagt wurde.

Dank der skrupellosen Methoden der Regierungsmehrheit gegenüber der Opposition wurde das ganze Gesetz mit seinen 117 Artikeln noch im Laufe des gestrigen Tages durchgepeitscht und dasselbe in 2. und 3. Lesung angenommen. Noch heute wird das Gesetz dem Senat überwiesen werden.

Der Anschlag auf die Arbeitszeit und die Arbeiterurlaube.

Die Gesetzesnovellen sollen noch in dieser Saison beraten werden.

In den Wandelgängen des Sejm wurde gestern viel davon gesprochen, daß die im März vorigen Jahres eingebrachten Novellen zu den Gesetzen über die Arbeitszeit und die Arbeiterurlaube noch in dieser Sejmsession zur Beratung gestellt werden sollen. Beide Novellen wurden damals der Arbeitskommission überwiesen. Die eingebrachte Novelle zum Gesetz über die Arbeitszeit sieht bekanntlich die Abschaffung des sogenannten englischen Sonnabends und Einführung der vollen 48stündigen Arbeitswoche sowie Herabsetzung des Zuschlags für Ueberstundenarbeit um 50 Prozent vor, während das Urlaubsgesetz dahin abgeändert werden soll, daß dem Arbeiter nach dreijähriger Arbeit nicht mehr ein 15tägiger, sondern nur noch ein 8tägiger Urlaub zustehen soll.

Im Zusammenhang damit hat der berüchtigte Führer der Fraki, Moraczewski, einen offenen Brief an die „Arbeiterabgeordneten" des Regierungsblocks erlassen, in welchem er sich gegen die Gesetzesnovelle wendet.

Ob er sich im Regierungsblock durchsetzen wird?

Konversion kurzterminierter Schulden.

Herabsetzung des Zinsfußes. — Ein Projekt des Finanzministeriums.

Wie verlautet, bereitet das Finanzministerium das Projekt einer Konversion kurzterminierter Bank- und Hypothekenschulden vor. Man erwartet von einer solchen Konversion eine Belebung bzw. Entlastung des Wirtschaftslebens, ähnlich wie es vor Neujahr mit der Konversion der langterminierten Verpflichtungen der Fall gewesen ist. Man spricht, daß das Projekt eine Herabsetzung des Zinsfußes der konvertierten kurzterminierten Schulden von 9 auf 4 bzw. 5½ Prozent bringen wird. Gleichzeitig ist ein 10monatiger Abzahlungstermin vorgesehen.

Die Nachricht von diesem Regierungsprojekt hat in Finanzkreisen großes Aufsehen erregt.

Versteigerungsskandal in Warschau.

In Warschau wurden vor einigen Tagen bei einem Buchverleger vom Gerichtsvollzieher für eine rückständige Schuld im Betrag von 1000 Zloty 14 000 Bücher im Werte von etwa 30 000 Zloty zur Versteigerung bestimmt. Obgleich der Verleger gegen diese unerhörte Pfändung Protest einlegte, fand die Versteigerung statt und die „professionellen" Käufer, die solche Gelegenheit zu benützen und andere Käufer zu verdrängen verstehen, kauften die Bücher für einen spottbilligen Preis. Der Verleger erstattete schließlich beim Staatsanwalt Anzeige, und dieser ließ die 14 000 Bücher dem Verleger durch die Polizei wieder zurückerstatten. Außerdem wurden in dieser Angelegenheit zwei Strafanzeigen verfaßt: eine wegen der Verdrängung von Personen, die sich an einer Versteigerung beteiligen wollen, wofür eine Gefängnisstrafe bis zu zwei Jahren droht, und eine Zivilklage in Sachen von 50 Büchern, die nicht mehr aufgefunden werden konnten. Die Versteigerung selbst wurde vom Staatsanwalt für ungültig erklärt.

Wieder eine Schneelawine.

Ein junger Mann verschüttet.

Außer dem Lawinenunglück in der Dolina Kondratowa, über welches wir gestern berichteten und an anderer Stelle ergänzende Mitteilungen bringen, ereignete sich vorgestern in der Tatra noch ein zweites Lawinenunglück. Und zwar wurden drei Skifahrer am Abhang des Zaroslak von einer herabstürzenden Lawine überrascht. Die drei jungen Leute machten übermenschliche Anstrengungen, um den auf sie herabstürzenden Schneemassen zu entgehen. Doch gelang dies nur zweien, während der Dritte, ein junger Mann namens Garapich, verschüttet wurde. Es wurde sofort Hilfe herbeigerufen. Eine Abteilung Militär von 40 Mann sowie zahlreiche Skifahrer suchten den ganzen Montag nach dem Verschütteten, jedoch vergebens. Gestern wurde die Suche fortgesetzt. Von der Lawine wurde ein Gebiet von 16 Morgen Land in einer Höhe von [illegible] Metern verschüttet.

Das andere Lawinenopfer aufgefunden.

Die in der Dolina Kondratowa verschüttete Skiläuferin wurde gestern tot aufgefunden. Es ist dies nicht eine Lodzerin, sondern die Krakauer Lehrerin Kamila Kamenz. Der Bedauernswerten wurde die Schädeldecke vollkommen zertrümmert, außerdem hat sie einen Beinbruch erlitten. (Siehe auch die Meldung unter der Rubrik „Aus dem Reiche".)

Roosevelts Initiative auf internationalem Gebiet.

Neuyork, 21. Februar. Nach der am Montag erfolgten Besprechung mit dem englischen Botschafter Lindsay empfing Roosevelt am Dienstag morgen den französischen Botschafter Claudel. Wie verlautet, sind in dieser Unterredung die Kriegsschulden, die Weltwirtschaftslage, die Abrüstungsfrage sowie vor allem die Lage im Fernen Osten besprochen worden. Entgegen dem bisherigen Plan, die Weltwirtschaftskonferenz im Juni in London abzuhalten, besteht durchaus die Möglichkeit, daß sich aus den amerikanisch-englischen Schuldenbesprechungen bereits im März eine Art Weltkonferenz entwickelt, die außer wirtschaftlichen auch politische Fragen, hauptsächlich die fernöstlichen, umfassen wird, da Roosevelt anscheinend entschlossen ist, sich nicht mit Teillösungen zu begnügen. Als Endergebnis ist die Festlegung der angelsächsischen Einheitsfront zu erwarten.

Um das Verbot der privaten Waffenherstellung.

Genf, 21. Februar. Im Ausschuß der Abrüstungskonferenz wurde ein englisch-amerikanischer Antrag, zunächst eine grundsätzliche Entscheidung der Konferenz über das Verbot und die Internationalisierung der privaten Waffenherstellung herbeizuführen, von Deutschland und Italien unterstützt, von den anderen Mächten aber stark bekämpft. Die Abstimmung über diesen Antrag findet am Mittwoch statt.

150 Tote in Schanghai.

Zwei schwere Explosionen in einer Schanghaier Gummifabrik.

Schanghai, 21. Februar. In einer Gummifabrik in Schanghai ereigneten sich am Dienstag zwei schwere Explosionen. Die Zahl der Todesopfer wird auf rund 200 geschätzt. Bisher wurden 80 Leichen geborgen. 70 Menschen sind mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht worden und über 100 werden noch vermißt.

Die Explosionen ereigneten sich in zwei Gasolin-Vulkanisierungsanpparaten in der Fabrik, die sich in einem östlichen Bezirk Schanghais befindet.

Durch die erste Explosion wurde ein zweistöckiges Gebäude zerstört.

Alle Menschen, die in diesem Gebäude arbeiteten, wurden entweder getötet oder schwer verletzt.

Teile von Maschinen, Stein- und Eisenstücke flogen durch die Luft. Kurz danach brach ein Großfeuer aus. Einige Sekunden später ereignete sich eine zweite Explosion. Dadurch wurden das Dach und die Mauern eines Boiler-**Raumes in die Luft gesprengt**

160 Menschen, die dort arbeiteten, wurden in ein Feuer geschleudert, das im Stockwerk darunter wütete.

Die gesamte Feuerwehr von Schanghai wurde mobilisiert, um eine Ausdehnung der Flammen auf andere Gebäude zu verhindern.

Schanghai, 21. Februar. Zu dem Explosionsunglück in der Schanghaier Gummifabrik wird ergänzend gemeldet, daß bisher 150 Todesopfer zu verzeichnen sind. Weitere 200 Arbeiter sind teils schwer, teils leichter verletzt.

Zwei Arbeiter getötet.

Dienstag abend um 15 Uhr ereignete sich im Steinbruch der Firma Carolus bei Bruchsal in der Nähe von Karlsruhe ein furchtbares Unglück. Dort waren 5 Wohlfahrtsempfänger der Gemeinde Unter-Oewigsheim mit dem Abladen von Steinen beschäftigt. Plötzlich kamen große Steinmassen ins Rollen. Zwei Erwerbslose wurden von **den Steinblöcken im Rücken getroffen und tödlich verletzt.**

Völkerbund und Fernostkonflikt.

Entscheidung soll am Freitag fallen.

Genf, 21. Februar. Anläßlich der Eröffnung der außerordentlichen Vollversammlung des Völkerbundes für den Fernostkonflikt, die wohl den Auftakt zur letzten Behandlung des japanisch-chinesischen Krieges darstellt, herrschte heute nachmittags im Völkerbundsgebäude ein ungewöhnlich bewegtes Bild. Der Sitzungssaal ist von den Mitgliedern der Abordnungen, den Völkerbundsbeamten und den Sachverständigen überfüllt. Die japanische Abordnung unter Führung Matsuokas ist in außerordentlich großer Zahl erschienen. In der entgegengesetzten Ecke des Saales hat die zahlenmäßig kleinere chinesische Abordnung, an deren Spitze der Gesandte Dr. Jen steht, Platz genommen.

Der Präsident der Völkerbundsversammlung, der belgische Außenminister Hymans eröffnet die Verhandlung und verliest seinen schriftlich verfaßten Bericht an die Völkerbundsversammlung.

Hymans schildert in großen Zügen die zur Beilegung des Konflikts seit dem 21. September 1931 geführten Verhandlungen und betont dabei mehrfach, daß

die Vorschläge der japanischen Regierung nicht nur für China, sondern auch für den Völkerbund völlig unannehmbar seien.

Er stellt dann ausdrücklich fest, daß die Versuche des 19er Ausschusses, zu einem Vergleich zwischen Japan und China zu gelangen, zum größten Bedauern als gescheitert angesehen werden müssen. Als die entscheidende Hauptfrage bezeichnet er die Stellungnahme zum neuen mandschurischen Staat, dessen Anerkennung Japan verlangt, während der 19er Ausschuß die Errichtung einer Autonomie unter der Hoheit Chinas vorgesehen hat.

17 Monate seien am heutigen Tage verflossen, seitdem der Völkerbund mit dem Streitfall befaßt sei. Die Versicherung der japanischen Regierung, die Truppen an der südmandschurischen Eisenbahn zurückzuziehen, sei von den Japanern nicht eingehalten worden. Die drei großen Ostprovinzen Chinas seien heute von japanischen Truppen besetzt. Die Linie der Großen Mauer sei überschritten. Schanhaikwan sei besetzt worden. Neue militärische Operationen zur Besetzung der Provinz Dschehol seien im Gange.

Hymans schließt seine Tatsachenschilderung mit dem Ersuchen an die Mächte, den großen Schlußbericht des 19er Ausschusses einer eingehenden Prüfung zu unterziehen und am Freitag, dem 24. Februar, die allgemeine Aussprache über den Bericht zu beginnen.

Die Versammlung vertagte sich ohne weitere Aussprache auf Freitag nachmittag.

Freitag Entscheidung.

Nach Beendigung der Sitzung der außerordentlichen Vollversammlung trat der Neunzehner-Ausschuß des Völkerbundes zu einer kurzen Geheimsitzung zusammen. Der Ausschuß kam überein, daß die einzelnen Staaten nach Möglichkeit in der auf Freitag festgesetzten Sitzung der außerordentlichen Vollversammlung nicht das Wort ergreifen sollen, da durch weitere Erklärungen der Mächte der Sinn des Berichtes des Neunzehner-Ausschusses nur entstellt werden könnte. Um aber die Einmütigkeit des Ausschusses zu schonen, wurde es für zweckmäßig erachtet, daß in der Hauptaussprache nur die Vertreter der beiden streitenden Mächte zu Worte kommen. Nach den bisherigen Plänen soll die außerordentliche Vollversammlung am Freitag mit der Annahme des Berichtes des Neunzehner-Ausschusses abgeschlossen werden, falls nicht eine Aussprache über die Vorgänge in Dschehol in Gang kommt, was von den Ereignissen der nächsten Tage abhängt.

Japan gegen den Bericht.

Genf, 21. Februar. **Die japanische Delegation teilt in einer Erklärung mit, daß sie den Bericht des Neunzehner-Ausschusses nicht annehmen könne.**

Die Hauptursache für den Konflikt mit Japan, heißt es in der Begründung, bestehe darin, daß China keine Zentralregierung mit der notwendigen Autorität besitze. Die insbesondere gegen Japan gerichteten provokatorischen Handlungen der nationalistischen Parteien Chinas hätten zu den bedauerlichen Ereignissen vom 18. September 1931 geführt. Es habe nicht in der Absicht der japanischen Regierung gelegen, die Mandschurei aus der Souveränität Chinas zu lösen. Was Japan seit dem 15. September 1932 getan habe, sei in dem Vertrag, den es mit dem neuen Mandschureistaat abgeschlossen habe, begründet und gerechtfertigt.

Zu den Vorschlag des Neunzehner-Ausschusses im einzelnen bemerkt die japanische Delegation, daß der Bericht keinen wirksamen Plan für die Lösung des Streites enthalte. Wenn die Mitglieder des Völkerbundes aufgefordert werden, das gegenwärtige Regierungssystem in der Mandschurei nicht anzuerkennen und wenn der Bericht weiter die Nichtmitgliedstaaten des Völkerbundes ersuche, sich dieser Haltung anzuschließen, so überschreite der Völkerbund seine Vollmacht.

Die Erklärung der japanischen Delegation schließt mit einem ernsten Appell an den Völkerbund, sich des Ernstes der Lage bewußt zu sein.

Zuspitzung der Kriegslage.

Mandschukuo-Ultimatum an Nanking. — Neue Kämpfe in der Dschehol-Provinz.

Tschangtschun, 21. Februar. Die Mandschukuo-Regierung hat beschlossen, Mittwoch nachmittags ein Ultimatum an die chinesische Regierung in Nanking abgehen zu lassen, worin gefordert werden wird, daß der chinesische Marschall Tschanghsueliang seine Truppen aus Dschehol zurückziehen soll.

Für die Beantwortung des Ultimatums wird eine Frist von 24 Stunden gesetzt.

Genf, 21. Februar. Die japanische Regierung hat dem Völkerbundsrat wenige Stunden vor dem Zusammentritt eine Note zugesandt, in der es u. a. heißt, daß der Einmarsch in die Provinz Dschehol keine Kriegsmaßnahme gegen China sei, sondern lediglich zur Verteidigung des Mandschukuo-Staates geschieht.

Tokio, 21. Februar. Die japanischen amtlichen Stellen versichern, daß die Nachrichten aus Genf über einen Austritt Japans aus dem Völkerbund und der Abrüstungskonferenz nicht den Tatsachen entsprächen.

Die Stellung Japans zum Völkerbund sei durch den Beschluß des Kabinetts vom 17. Februar festgelegt. Irgend welche Aenderungen seien nicht erfolgt.

Neue Kämpfe.

Tokio, 21. Februar. **Das erste große Gefecht an der Dschehol-Front begann, einem japanischen Bericht zufolge, am Montagabend in Tschaoyang.** Die Japaner behaupten, daß die Chinesen die japanische Garnison angegriffen hätten.

Eine japanische Brigade aus Tschingtschau wurde unverzüglich als Verstärkung herangezogen. Die Japaner gingen zum Gegenangriff über und suchen gegenwärtig auf Peipiao vorzudringen, um die Kontrolle über die Eisenbahnlinie zu erlangen.

Tschaoyang liegt etwa 80 Klm. nordwestlich von Kintschau. Die 29. chinesische Brigade ist seit Sonnabend dort stationiert.

London, 21. Februar. Von einer zuverlässigen Quelle in Genf wird nach englischen Meldungen am Montag nach Mitternacht erklärt, daß japanische und mandschurische Truppen in Stärke von 30 000 Mann bei Morgengrauen die Kämpfe bei Kailu in der Provinz Dschehol eröffnet hätten.

Japan verbietet Berichte vom Kriegsschauplatz.

Tokio, 21. Februar. Das japanische Kriegsamt hat die Veröffentlichung von Nachrichten über die Operationen von Dschehol, abgesehen von den in amtlichen Kommuniques enthaltenen Mitteilungen, verboten. Als Grund dieser Verfügung wird der Wunsch bezeichnet, jede Möglichkeit eines Durchsickerns von Informationen über japanische Truppenbewegungen nach China zu verhindern.

Der Konflikt Peru-Columbien.

Genf, 21. Februar. Der Völkerbundsrat trat heute vormittags auf Antrag Columbiens zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, um über den Konflikt zwischen Peru und Columbien wegen des Letitia-Gebietes zu verhandeln.

Allgemein fiel es auf, daß die peruanische Regierung trotz mehrfacher Aufforderung und Verschiebung der Ratssitzung keine Vertretung entsandt hatte. Auf Vorschlag des Vorsitzenden, des Italieners Baron Aloisi, beschloß der Völkerbundsrat unverzüglich in die Verhandlungen einzutreten.

Die Sitzung war von einer eineinhalbstündigen Rede des Vertreters Columbiens ausgefüllt, der in großer Ausführlichkeit den Standpunkt seiner Regierung vertrat und die Gründe für die Anrufung des Völkerbundsrates darlegte. Die rechtliche Lage des Konflikts sei bereits durch einen Vertrag zwischen den beiden Ländern vollständig geklärt. Columbien müsse jetzt verlangen, daß einem Lande, in das fremde Truppen eingefallen sind, Genugtuung gegeben werde.

Der Völkerbundsrat hat hierauf einen Dreierausschuß zur Fortsetzung der Vermittlungsaktion zwischen Peru und Columbien eingesetzt.

Peruaner zerstören columbianische Gesandtschaft.

Lima, 21. Februar. Die columbianische Gesandtschaft in Lima (Peru) ist von einer fanatischen Menge in Brand gesteckt und zerstört worden. Der Gesandte und seine Familie konnten sich in der chinesischen Gesandtschaft in Sicherheit bringen.

Das englisch-französische Ultimatum wegen Hirtenberg.

Oesterreich antwortet nicht?

Unterredungen des Bundeskanzlers mit den Gesandten Englands, Frankreichs, Italiens

Wien, 21. Februar. Der Hauptausschuß des Nationalrats ist am Dienstag erst gegen 20.30 Uhr zusammengetreten, da vorher noch ein Ministerrat stattfand, der sich sehr lange hinzog. Wie man hört, hat der Ministerrat beschlossen, auf die englisch-französische Note überhaupt nicht zu antworten. Von großdeutscher Seite wird jedoch der Standpunkt vertreten, daß man, da die französische Regierung eine Antwort verlange, auch eine Antwort, und zwar eine ablehnende erteilen solle.

Am nachmittag hatte der Bundeskanzler Unterredungen mit dem englischen und französischen Gesandten. Auch der italienische Gesandte soll später vom Bundeskanzler empfangen worden sein. Wie verlautet, haben die Mitteilungen des englischen Außenministers im Unterhaus in der Waffenangelegenheit entsprochen. Der französische Gesandte soll sich, wie es heißt, nicht der englischen Ansicht angeschlossen haben.

Italien nimmt die Waffen zurück.

London, 21. Februar. Der Londoner italienische Botschafter Grandi hat dem Außenminister Simon im Zusammenhang mit der Hirtenberger Waffenangelegenheit am Montag einen Besuch abgestattet. Simon machte davon am Dienstag nachmittag im Unterhaus Mitteilung, als von einem Abgeordneten die Frage gestellt wurde, ob eine Regelung der Angelegenheit erreicht worden sei.

Grandi hat dem englischen Außenminister mitgeteilt, daß die italienische Regierung bereit sei, einer sobald wie möglich nach Erfüllung des Vertrages erfolgenden Zurücksendung der fraglichen Waffen, die zur Instandsetzung nach Oesterreich geschickt worden seien, nach Italien zuzustimmen. Grandi teilte ferner mit, daß ein Teil der Waffen bereits nach Italien zurückgeschickt worden sei. Simon fuhr fort: Die Zurücksendung der übrigen Waffen in angemessener Zeit wird von den österreichischen Zollbehörden erleichtert werden. Die englische Regierung hofft ihrerseits, daß die Frage durch die allgemeine Annahme dieses Vorschlages als abgeschlossen betrachtet werden solle.

Italien rüstet Ungarn.

Nach der Aufdeckung des Waffentransports aus Italien nach Ungarn über Oesterreich, der bekannten Hirtenberger Waffenaffäre, die zu diplomatischen Schritten geführt hat, ist die Ueberführung von 32 Kampfflugzeugen von Italien nach Ungarn jetzt hinzugekommen, was erneut zu einer Demarche gewisser Mächte führen kann, wie die nachstehenden Meldungen wissen wollen.

Paris, 21. Februar. Das dem französischen Generalstab nahestehende „Echo de Paris" will aus bestunterrichteter Quelle erfahren haben, daß die französische Regierung gemeinsam mit den Regierungen der Kleinen Entente neue diplmatische Schritte in Rom und Budapest wegen angeblicher Flugzeuglieferungen Italiens an Ungarn unternehmen werde. Es handle sich französischerseits lediglich darum, der in den Verträgen vorgesehenen Klausel über die Aufrüstung Ungarns Achtung zu verschaffen, ebenso wie in der Hirtenberger Angelegenheit.

London, 21. Februar. Der arbeiterparteiliche „Daily Herald" rechnet damit, daß Frankreich die englische Regierung auffordern wird, sich an einer amtlichen Untersuchung des Falles der Flugzeugüberführung zu beteiligen. England würde dies gezwungenermaßen annehmen und die englischen und französischen diplomatischen Vertreter in Rom würden Anweisung erhalten, weitere Erläuterungen einzuholen. Was die ablehnende österreichische Antwort betreffe, so seien England und Frankreich verpflichtet, die Angelegenheit vor den Völkerbund zu bringen, wodurch sich der Aerger in Italien und in Deutschland noch vermehren würde. Dieser Schritt würde Oesterreich in die offenen Arme der großen zentraleuropäischen Gruppe treiben, die sich jetzt gegen Frankreich, Polen und die Kleine Entente bilde. Die Waffenschmuggelzwischenfälle hatten in Verbindung mit der sich immer mehr herausarbeitenden Spaltung Europas in zwei gegnerische Lager in englischen Regierungskreisen die ernstesten Besorgnisse ausgelöst.

Wien, 21. Februar. Die „Arbeiter-Zeitung" warnt vor einem italienischen Kurs, indem sie u. a. bemerkt: Oesterreich habe nicht der Vasallenstaat Frankreichs zu sein und es habe mit der Kleinen Entente keine anderen als wirtschaftliche Beziehungen zu unterhalten. Es dürfe aber ebensowenig Vasall Italiens sein.

---

300 Millionen Dollar für Arbeitslosenbekämpfung.

Washington, 21. Februar. Im Senat wurde gestern in scharfer Debatte eine demokratische Vorlage zur Milderung der Arbeitslosigkeit angenommen, die Anleihen in Höhe von 300 Mill. Dollar an die Einzelstaaten zur Finanzierung öffentlicher Arbeiten vorsieht

Nazi im Danziger Senat.

Volksentscheid über Gewährung von Straffreiheit.

Danzig, 21. Februar. Der Danziger Senat hat der Nationalsozialistischen Partei wissen lassen, daß die in der Regierung vertretenen politischen Parteien bereit sind, die Danziger Regierungskoalition durch die Nationalsozialisten zu erweitern. Die Regierungsparteien sehen einen Antrag der Nationalsozialisten entgegen.

Nachdem der Senat der vom Volkstag beschlossenen Gesetzesvorlage über die Gewährung von Straffreiheit in der eingebrachten Fassung nicht zugestimmt hat und der Volkstag in der Sitzung vom 19. Januar bei seinem Beschluß geblieben ist, wird diese Gesetzesvorlage zum Volksentscheid gestellt.

Republikanische Demonstration der deutschen Polizei.

Berlin, 21. Februar. Die Reichsgewerkschaft Deutscher Polizeibeamten, die Spitzenorganisation des größten Teiles der deutschen Polizeibeamtenverbände, hat heute zu ihrem Vorsitzenden den von der Regierung Papen im Juni 1932 von seinem Amt enthobenen früheren Kommandeur der Berliner Schutzpolizei, Heimannsberg, gewählt. Somit ist der gemaßregelte Kommandeur nicht nur der Vorsitzende des Verbandes preußischer Polizeibeamten, wozu er vor zwei Wochen gewählt wurde, sondern jetzt auch Vorsitzender der Spitzengewerkschaft.

Wieder Zeitungsverbote.

Badische Regierung lehnt ein Verbot ab.

Berlin, 21. Februar. Im Rheinland sind die kommunistischen Tageszeitungen „Ruhr-Echo" in Essen, „Freiheit" in Düsseldorf und die „Sozialistische Republik" in Köln wegen angeblicher böswilliger Verächtlichmachung bis zum 28. Februar einschließlich verboten worden. Weiter sind zwei Zeitungen der Zentrumpartei für drei Tage verboten worden.

Die badische Regierung hat die Forderung des Reichsinnenministers, den „Badischen Beobachter", ein Zentrumsblatt, wegen seiner Kritik an der Rundfunkrede des Reichskanzlers Hitler in Stuttgart auf die Dauer von 8 Tagen zu verbieten, abgelehnt und rief die Entscheidung des Reichsgerichts in Leipzig an.

Auch die Kattowitzer „Polonia" verboten.

Zum ersten Male hat die Regierung auch die Verbotsmöglichkeit gegen ausländische Blätter in Anwendung gebracht. Der Reichsinnenminister hat das in Kattowitz erscheinende Korfanty-Blatt „Polonia" bis zum 3. März für das deutsche Gebiet verboten.

Nazi sprengen Zentrum-Versammlung.

Stegerwald verletzt.

Krefeld, 21. Februar. Am Mittwoch abend wurde in Krefeld eine Wahlkundgebung der Zentrumspartei, auf der Minister a. D. Stegerwald sprach, von politischen Gegnern (Nazi?) gesprengt, nachdem Stegerwald etwa 20 Minuten gesprochen hatte. Stegerwald wurde niedergeschlagen und verletzt. Verschiedene Geistliche, die die Angreifer beruhigen wollten, wurden ebenfalls tätlich angegriffen. Die Versammlung wurde sofort polizeilich aufgelöst.

Um die Auslieferung der deutsch-tschechischen Naziabgeordneten

Prag, 21. Februar. Am Dienstag nachmittag wurde die mit Spannung erwartete Vollsitzung des Abgeordnetenhauses, auf deren Tagesordnung die Auslieferung der deutschen nationalsozialistischen Abgeordneten Jung, Krebs, Kasper und Schubert stand, eröffnet. Die sudetendeutschen Regierungsparteien, der Deutsche Bund der Landwirte und die Deutsche Sozialdemokratische Partei, waren der Sitzung vollständig ferngeblieben. Auch die Ministerbank war leer. Dagegen waren die deutschen und ungarischen Oppositionsparteien vollzählig anwesend. Der Berichterstatter, der tschechische Nationaldemokrat Fesche!, hielt eine ganz kurze Rede, in der er die Behauptungen des Auslieferungsbegehrens wiederholte. Demnach haben die genannten Abgeordneten im Zusammenhang mit der Hitlerbewegung im Deutschen Reich einen Anschlag auf die Tschechoslowakei zur Loslösung ihrer deutschen Teile geplant und die deutschen nationalsozialistischen Organisationen seien mit der SA. zu diesem Zweck in Verbindung getreten. Abg. Krebs hielt eine vierstündige oft von Beifallsstürmen der Opposition begleitete Rede. Er unterstrich dabei, daß der tschechische Generalstarb wünsche, auf dem Umwege über diesen Kongreß nur den Franzosen Material für die Behauptungen zu liefern, daß deutsche Privatarmeen im Reich und jenseits der Grenze die Tschechoslowakei bedrohten. Die Sitzung wurde darauf auf Donnerstag vertagt.

Diktatorische Vollmachten

zur Ueberwindung der Bankkrise in Michigan.

Lansing (Michigan), 21. Februar. Die geschäftsführende Versammlung des Staates Michigan hat das Vorhandensein einer Notlage erklärt und den Gouverneur ermächtigt, nach eigenem Ermessen die Verfügung, daß die Banken vorläufig keine Auszahlungen zu leisten brauchen, zu verlängern bzw. die Zurückziehung von deponierten Geldern einzuschränken.

Um das Lodzer Stadtbudget.

Beginn der Generalaussprache.

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung begann die Generalaussprache über das Budget der Stadt Lodz für das Jahr 1933/34 und das Exposé des Stadtpräsidenten Ziemiencki.

Als erster in der Aussprache nahm Stv. Schott (kleiner Hausbesitzer) das Wort, der Klage führte, daß man nicht die schwere Lage der Hausbesitzer an der Peripherie der Stadt berücksichtige, und dann nicht mehr und nicht weniger verlangte, als daß eine 50prozentige Steuerherabsetzung für den Hausbesitz gewährt werde. Die städtischen Investitionsarbeiten müssen nach dem Akkordsystem ausgeführt werden; es darf hierbei die Faulenzerei (!) nicht unterstützt werden, wofür noch Tageslöhne von 7,50 Zl. gezahlt werden.

Stv. Wojewodzki (NPR.) kritisiert in sehr fahriger Weise die Stadtwirtschaft. Ohne tiefer in die Materie einzudringen, glaubt der frühere Vizestadtpräsident einen für die heutige Mehrheit ungünstigen Vergleich mit der früheren Wirtschaft herstellen zu können. Besonders wurde von ihm die Errichtung der städtischen Wohnhäuser auf Polesie kritisiert, wobei er absolut nicht die große kulturell-soziale Bedeutung dieser Wohnbauten gelten läßt. Redner kündigt an, daß seine Fraktion gegen die Budgetvorlage stimmen wird.

Stv. Kulamowicz (Chr. Dem.) erklärt, daß die Einnahmen zu optimistisch veranschlagt seien, da die Steuerkraft noch schwinden wird. Die Uebernahme von bisher von der Stadt eingezogenen Steuern durch den Staat bezeichnet er als Selbsthilfe der Regierung. Redner spricht sich persönlich gegen die Budgetvorlage aus. (Die Fraktion der Christlichen Demokraten nimmt aber eine andere Stellung ein).

Stv. Bialer (Zionist) betrachtet gleichfalls die Budgetvorlage als nicht real und verspricht sich nur 80 Prozent der voranschlagten Einnahmen. Seine Fraktion macht ihren Standpunkt zur Budgetvorlage von der Art der Erledigung der Verbesserungsanträge abhängig.

Stv. Holenderski (Poalej Zion) weist auf die kritische Lage der werktätigen Massen hin, deren Lage durch neue Verordnungen und Gesetze immer schwieriger gestaltet wird. Dies führt dazu, daß immer mehr Notleidende sich um Hilfe an die Stadt wenden. Es ist daher als sicher anzunehmen, daß die Stadt nicht in der Lage sein wird, die Bedürfnisse zu befriedigen. Redner bittet um gerechtere Berücksichtigung der jüdischen armen Bevölkerung.

Vizevorsitzender Kempner (PPS.) behandelt die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Stadt Lodz und zieht Vergleiche zwischen den beiden größten Städten Polens: Warschau, die staatliche Hauptstadt, und Lodz, die Hauptstadt der Industrie. Die Stadt Warschau, die doch als Hauptstadt jegliche Unterstützung genießt und die zu ihren Bürgern reiche Volksschichten zählt, konnte der Wirtschaftskrise nicht Herr werden, Lodz dagegen, wo die Wirtschaftskrise sich ungeheuer auswirkt und das sich doch wahrhaftig der Protektion der Regierenden nicht erfreut, hat keinen Zusammenbruch der Stadtwirtschaft. Trotz der Wirtschaftskrise und dem Sinken der Steuereinnahmen sind in Lodz die Ausgaben für das Schulwesen und die soziale Fürsorge nicht verringert worden. Die sozialistische Mehrheit kann stolz auf ihre Tätigkeit sein. Die Lage der Stadtwirtschaft ist aber schwer, da von seiten des Staates der Gemeinde dauern steuerliche Einnahmequellen genommen werden.

Der Sprecher der DSAP., Stv. Ewald

betont eingangs seiner Ausführungen, daß die Budgetvorlage nicht die Widerspiegelung unserer Ansichten über die Selbstverwaltungspolitik, wie sie sein soll, ist. Die Not des Proletariats, die Verarmung der werktätigen Massen erfordert bedeutend höherer Summen für Wohlfahrt, Gesundheitswesen und Bildung. Wir müssen uns aber mit der Erklärung des Stadtpräsidenten, daß die Zahl derjenigen, denen von der Stadt geholfen wird, aufrechterhalten werden soll, zufriedengeben. In den herrschenden Verhältnissen, wenn das Stadtbudget im Vergleich mit dem Jahre 1928/29 um über 10 Millionen Zloty niedriger ist, ist dieses Bestreben der beste Ausdruck dafür, daß die sozialistische Stadtverordnetenversammlung und der Magistrat die Verteidiger der Interessen der werktätigen Massen sind.

Die Einnahmen der Stadt fallen seit 4 Jahren. Einerseits wurde dies durch die Wirtschaftskrise verursacht, anderseits ist daran die Staatspolitik schuld. Die Steuerabteilung des Magistrats hat errechnet, daß durch die von der Regierung veranlaßte Herabsetzung gewisser Steuern die Summe von 8 bis 10 Millionen Zloty jährlich erreicht wird. Solch großer Steuerausfall mußte sich auf die städtische Politik schlimm auswirken. Dazu kam noch, daß der Staat systematisch seine Pflichten den Selbstverwaltungen aufbürdet, was mit neuen finanziellen Belastungen für die Selbstverwaltungen verbunden ist. Die Selbstverwaltungen sind heute mehr ein Ausführungsorgan der staatlichen Verwaltungsbehörde. Und vom 1. Juli 1933 soll die Lage der Gemeinden noch weiter verschlechtert werden. Der Ministerrat hat eine Gesetzesvorlage angenommen, die die Veranlagung und Einziehung gewisser Steuern den Gemeinden abnimmt. Dadurch wird die finanzielle Grundlage der Städte vollständig untergraben. Es wird gewissermaßen der Ansicht gehuldigt, daß wenn es schlecht ist, dann sollen eher die Selbstverwaltungen zusammenbrechen.

Das Sanierer-System, das zur Zeit ein neues Selbstverwaltungsgesetz beschließt, will mit Hilfe dieses Gesetzes sich auch die Herrschaft in den Selbstverwaltungen sichern. Die Sanierer glauben, daß künftig in den Selbstverwaltungen ihnen keine Opposition mit nennenswertem Einfluß gegenüberstehen wird. Es wäre somit nicht unsere Aufgabe, die finanzielle Grundlage der Städte zu verteidigen. Trotzdem betrachten wir dies als unsere Pflicht und deshalb unterbreite ich der Versammlung zur Beschlußfassung nachstehenden

Antrag der sozialistischen Fraktionen

Mit dem 1. Oktober 1932 ist durch Verordnung des Staatspräsidenten den Städten das Recht der Eintreibung der staatlichen und städtischen Steuern entzogen worden. Diese Verordnung hat eine starke Verringerung der städtischen Einnahmen verursacht, zumal, wie inzwischen festgestellt wurde, die staatlichen Finanzämter entgegen der gesetzlichen Vorschrift von einer gleichmäßigen Eintreibung der staatlichen Steuern und der kommunalen Zuschläge den Vorzug den staatlichen Steuern geben.

Der Magistrat der Stadt Lodz wie auch die anderen polnischen Städte haben notgedrungen ihren Eintreibungsapparat in einen Inkassoapparat umgewandelt, um so ihre Pflichten erfüllen zu können. Diese Anordnung war notwendig und richtig gewesen, denn dank der Tätigkeit der Inkassenten betragen die Einnahmen ungefähr 80 Prozent der vorjährigen.

Jetzt hat die Regierung im Sejm einen Gesetzesentwurf über „die Uebernahme der Veranlagung und Einziehung einiger Steuern durch die Finanzverwaltung" eingebracht. Dieser Gesetzesentwurf wird im Sejm in den nächsten Tagen beraten werden. Der Entwurf sieht die Uebernahme der Veranlagung und der Einziehung nachstehender Steuern vor: von den Immobilien, von unbebauten Plätzen und von Lokalen, die vom 1. Juli d. J. ab durch die Finanzämter erfolgen soll, wobei außerdem verboten wird, vom 1. Juli d. J. ab die rückständigen wie laufenden Steuern einzuziehen.

Die Verabschiedung dieses Entwurfs muß eine weitere Verschlechterung der Einnahmen der Stadt nach sich ziehen, und da die Einnahmen aus diesen Steuern 9 Millionen Zloty jährlich, d. h. die Hälfte der Steuereingänge ausmachen, so muß auch nur eine zeitweilige Einhaltung der Steuereingänge den Zusammenbruch der Stadtwirtschaft verursachen.

Gleichzeitig wird die Verabschiedung des Gesetzesentwurfs die Entlassung von 200 städtischen Angestellten nach sich ziehen, was weitere finanzielle Verluste für die Stadt in Form von Entschädigungen für die entlassenen Angestellten und Pensionsausgaben zur Folge haben wird. Die entlassenen Angestellten sind zudem noch zu Hunger und Elend verurteilt.

Der Magistrat der Stadt Lodz hat sich an die Aufsichtsbehörde um die Zurückziehung und an die Sejmklubs um Nichtannahme des genannten Gesetzesentwurfs bzw. um Ausschließung der größeren Städte aus der Gesetzesvorlage gewandt. Auch die Steuerzahler, wie z. B. der Verein der Immobilienbesitzer haben sich gegen diese Neuerung gewandt, da sie mit Recht in diesem Entwurf die Ausschaltung des Einflusses der Steuerzahler bei der Beanstandung der Veranlagung sehen.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Lodz beschließt, indem sie sich mit obigen Motiven einverstanden erklärt:

1. sich an die Aufsichtsbehörden um Zurückziehung des Entwurfs bzw. Ausschaltung der größeren Städte aus der Vorlage zu wenden;
2. sich an die Sejmklubs um die Verteidigung der städtischen Interessen zu wenden.

Nach dem Stv. Ewald sprachen noch einige Redner.

Wende der Wirtschaftskrise?

Der Vortrag von Redakteur **Johannes Ahlers** aus Warschau findet **heute, den 22. Februar,** um **8½ Uhr abends** im Lodzer Deutschen Schul- und Bildungsverein, Petrikauer **111** (im Hofe), statt.

König Karol tritt nicht zurück.

Paris, 21. Februar. König Karol von Rumänien gewährte einem Sonderberichterstatter des „Journal" eine Unterredung, in der er ausführlich auf die letzten Unruhen in Rumänien einging. Er bedauerte diese Zwischenfälle und dementierte bei der gleichen Gelegenheit mit aller Energie sämtliche Gerüchte, die von seiner bevorstehenden Abdankung wissen wollten. Die letzten Zwischenfälle in Rumänien seien nicht überraschend gekommen. Es liege klar auf der Hand, daß es sich um bolschewistische Eingriffe handele, die von langer Hand im Auslande vorbereitet seien. Die kommunistische Propaganda, die nicht aufhöre, sich gegen Rumänien zu richten, um von dieser Seite aus den europäischen Block anzugreifen, drücke sich in sehr verschienen Formen aus.

Der scharfe Verkehrsstreik in Irland.

Dublin, 21. Februar. Streikende irische Eisenbahner verübten am Montag wiederum mehrere Anschläge. Ein zum erstenmal nach Beginn des Streiks von Dublin nach Dundalk fahrender Omnibus wurde von der erregten Menge in Brand gesteckt, nachdem mehrere Polizisten in die Flucht gejagt worden waren. Der Versuch, den Omnibusführer ins Wasser zu werfen, konnte durch Polizeiverstärkungen verhindert werden. Ein zweiter Omnibus wurde von einer 2000köpfigen Menge mit Steinen beworfen, obgleich er von einem mit Bürgergardisten besetzten Panzerwagen begleitet war. Der Führer wurde erheblich verletzt. Die Menge wurde von der Polizei mit Gummiknüppel auseinandergetrieben. Ein weiterer Anschlag wurde an der Grenze von Ulster und Südirland ausgeführt. Dort waren von einer Eisenbahnlinie Schienen entfernt worden. Ein Unglück konnte verhindert werden. Auf einer anderen Strecke blieb ein Güterzug stehen, weil die Schienen mit Fett eingerieben waren. Der Streik dauert bereits drei Wochen. Nach Mitteilungen der Regierung sind bereits über eine Million Zloty Unkosten entstanden.

Die Hoffnungen der „Trockenen" und der „Nassen".

Washington, 21. Februar. Das Gesetz über die Aufhebung der Prohibition geht nunmehr den 48 einzelnen Staaten zu. Es muß von 36 eigens dafür gewählten Konventen gebilligt werden. Die Delegierten zu diesen Konventen werden durch allgemeine Wahl bestimmt.

Die „Trockenen" hoffen, daß wenigstens in 13 Staaten die Einberufung dieser Konvente durch die Parlamente verhindert oder wenigstens stark verzögert wird. Jedoch erscheint nunmehr die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß nur etwa 8 der von Negern stark bevölkerten und daher die Aufhebung des Alkoholverbotes fürchtenden Südstaaten der Durchführung des Kongreßbeschlusses Schwierigkeiten bereiten werden.

Leichtes Erdbeben in Deutschland.

Stuttgart, 21. Februar. Um 16.48 Uhr wurde in Stuttgart ein sehr starker Erdstoß verspürt. In Hechingen wurde um 13.40 Uhr ein leichter Erdstoß und um 16.45 Uhr und um 16.49 Uhr je ein sehr starker Erdstoß verspürt. Die Richtung der beiden letzteren ging von Süden nach Norden.

Karlsruhe, 21. Februar. Am Dienstag nachmittag um 16.47 Uhr, 16.49 Uhr und etwa 3 bis 4 Minuten später wurden in Karlsruhe drei schwächere Erdstöße verspürt. Aus Pforzheim wird berichtet, daß dort die Erdstöße sehr stark waren, besonders in dem höher gelegenen Stadtteil. Schaden wurde aber nicht verursacht. In Rastatt ist das Beben nicht verspürt worden. Die Erdbebeninstrumente des geodätischen Instituts der technischen Hochschule Karlsruhe hatten die Erdstöße gleichfalls verzeichnet.

Radio-Stimme.

Mittwoch, den 22. Februar.

Polen.

Lodz (233,8 M.).
11.40 Pressestimmen, 11.50 Wetterbericht für den Flugverkehr, 11.58 Warschauer Zeitzeichen und Krakauer Fanfare, 12.05 Tagesprogramm, 12.10 Schallplatten, 13.20 Wetterbericht, 15.10 Bericht des staatlichen Exportinstituts, 15.15 Wirtschaftsbericht, 15.25 Pfadfinderchronik, 15.35 Programm für Kinder, 16 Schallplatten, 16.20 Vortrag für Abiturienten, 16.40 Schallplatten, 17 „Das Volkslied", 17.40 „Die Bedeutung der Wirtschaftshygiene", Vortrag von Dr. Nowakowski, 17.55 Programm für den nächsten Tag, 18 Vortrag für Abiturienten, 18.20 Aktuelle Mitteilungen, 18.25 Leichte Musik 19 Allerlei, 19.20 Bericht der Industrie- und Handelskammer in Lodz, 19.30 Literarisches Viertelstündchen, 19.45 Radio-Pressedienst, 20 Hörspiel „Jim Jill", 21.45 Sportberichte, 21.55 Kammerkonzert, 22.40 Plauderei von W. Rogowicz, 2.55 Wetter- und Polizeiberichte, 23 Tanzmusik.

Ausland.

Berlin (716 kHz, 418 M.)
11.30 Konzert, 14 Schallplatten, 16.30 Konzert, 18.05 Cellokonzert, 19.50 Orchesterkonzert, 20.50 Karl Erb singt Lieder.

Königswusterhausen (938,5 kHz, 1635 M.).
12.10 Schallplatten, 14 Konzert, 15 Kinderstunde, 16.35 Konzert, 18 Hauskonzert, 19.35 Konzert, 20.15 Heitere Stunde, 21.20 Unterhaltungsmusik, 23 Konzert.

Langenberg (635 kHz, 472,4 M.).
12 Unterhaltungskonzert, 13 Konzert, 15.50 Kinderstunde, 17 Konzert, 20 Karneval, 23.20 Nachtmusik.

Wien (581 kHz, 517 M.).
11.30 Konzert, 13.10 Schallplatten, 15.20 Konzertstunde, 15.50 Kinderstunde, 16.55 Konzert, 19.25 Hugo-Wolff-Gedenkstunde, 20.15 Karneval, 22.15 Konzert.

Prag (617 kHz, 487 M.).
12.30 Konzert, 16.10 Orchesterkonzert, 18.25 Deutsche Sendung, 20 Konzert, 22.15 Weltmeisterschaft im Eishockey.

Verlagsgesellschaft „Volkspresse" m.b.H. — Verantwortlich für den Verlag: Otto Abel. — Verantwortlicher Schriftleiter: Dipl.-Ing. Emil Zerbe. — Druck: «Prasa» Lodz, Petrikauer Straße 101

Theater- u. Kinoprogramm.

Städtisches Theater: Heute, 9.15 Uhr „Zimmer Nr. 17"
Kammer-Theater: Heute, 9 Uhr „Aegyptischer Weizen"
Popularny: Heute, 8.15 Uhr „Peppina"
Jar: Heute, 8 und 10 Uhr „Asse im Jar"
Capitol: Mata Hari
Casino: Romeo und Julia
Corso: Blutige Schlucht — Laurel und Hardy
Grand-Kino: Der Zauber ihrer Augen
Luna: Der blonde Traum
Metro u. Adria: Wohltäter der Menschheit
Oswiatowe: Kameradschaft — Harold Lloyd
Palace: Vergiftete Seelen
Przedwiosnie: Rasputin
Splendid: Der zehnte Geliebte
Uciecha: Nacht des Rausches — Zureiten wilder Pferde

Tagesneuigkeiten.

Kommt der Sammelvertrag?

Heute findet eine Sitzung des Vollzugskomitees des Verbandes der Arbeiter und Arbeiterinnen der Textilindustrie (Klassenverband) statt, auf der die Klassenverbände dazu Stellung nehmen werden, warum sie von den Industriellen keine Einladungen zu den Konferenzen erhalten haben.

Noch vor der Sitzung des Vollzugskomitees finden gemeinsame Beratungen der Vertreter des Klassen-, des Praca-Verbandes und der Christlichen Demokraten statt. Diese Zwischenverbandskonferenz verfolgt den Zweck, die Forderungen der Arbeiter, die in der Konferenz mit den Industriellen aufgestellt werden sollen, zu vereinheitlichen.

Tuchdruckerstreik erfolgreich.

Es ist wahrscheinlich, daß der Streik der Tuchdrucker in kurzer Zeit beigelegt wird. Eine Pabianicer Firma, und zwar Weißmann und Wronin (ehemals Dzialoszynski), hat mit den Arbeitern schon einen Vertrag unterzeichnet, so daß dort die Arbeit wieder aufgenommen wurde.

Die Firma Gebr. Bukiet (Srodmiejska 58) hat ebenfalls die Bereitwilligkeit ausgedrückt, einen Vertrag zu schließen, dabei aber die Bedingung gestellt, daß der Vertragsabschluß nicht im Einvernehmen mit dem Verband, sondern unmittelbar mit den in der Firma beschäftigten Arbeitern erfolge. Bereits gestern sind die Verhandlungen aufgenommen worden. Die Arbeiter dieser Firma, deren Woche Dienstags beginnt, habe gestern die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Kotonarbeiter streiken weiter.

Gestern früh um 10 Uhr hielten die streikenden Kotonarbeiter im Saale des Bildungskinos eine Versammlung ab, an der etwa 2000 Personen teilnahmen. Ueber die Konferenz mit den Industriellen im Arbeitsinspektorat berichtete Frl. Kotlicka-Piechotkowna, die darauf hinwies, daß die Industriellen viel niedrigere Lohnsätze anbieten als die Arbeiter fordern. Dieser Bericht rief eine etwa dreistündige Aussprache hervor. Zum Schluß wurde beschlossen, das Angebot der Industriellen abzulehnen und die ursprünglichen Forderungen aufrecht zu erhalten. Der Streik soll bis zum Siege durchgeführt werden.

Die Lodzer Strumpfwirker

haben auf einer Versammlung in der vorigen Woche einen Organisationsausschuß gewählt, dem die Aufgabe zuteil wurde, die Wirker beim Klassenverband zu organisieren. Morgen, Donnerstag, findet im Klassenverband eine Versammlung statt, auf welcher die Frage der Organisierung und des Lohnausgleichs besprochen werden wird.

Der Streik in der Alexandrower Strumpfindustrie.

Am Sonnabend verliert der bisher verpflichtende Lohnvertrag seine Gültigkeit. Zu der letzthin stattgefundenen Konferenz erschienen die Industriellen nicht. Sie schickten den beratenden Arbeitern nur das Protokoll von ihrer Sitzung, aus dem hervorging, daß manche der Lohnsätze von den Industriellen anerkannt würden, andere um 25 Prozent gekürzt werden sollen. Gestern abend fand im Magistrat der Stadt Alexandrow eine Konferenz der Arbeiter statt, an der auch der Sekretär des Klassenverbandes Krzynowek teilnahm. Ueber die Konferenz werden wir morgen berichten.

Die außerordentliche Hilfe für die Arbeitslosen.

Im Januar hat der Magistrat 958 Gesuche um außerordentliche Hilfe für Arbeitslose geprüft. Nach Feststellung, ob alle Bittsteller für diese Hilfe in Frage kommen, wurde 955 Personen Hilfe zugesprochen. Insgesamt hat der Magistrat für außerordentliche Geldunterstützungen an solche Arbeitslose, die keine gesetzlichen Unterstützungen erhalten, 24 308 Zloty verausgabt. 19 Arbeitslose (große Familien) erhielten 40 Zloty monatlich, 414 Arbeitslose je 32 Zl., 478 Arbeitslose je 20 Zl., 44 Personen, die zeitweilig beschäftigt waren, je 10 Zloty. (p)

Doppelversicherung der Hausangestellten.

Die Hausangestellten, die bisher nur in der Krankenkasse versichert waren, sollen nun auch in den Unfallversicherungsanstalten versichert werden, weswegen die Gebühren von 5 auf 7 Zloty monatlich erhöht werden. Die Kosten müssen vom Arbeitgeber getragen werden. (u)

Lodzer Kaufmannsethik.

In der Firma J. Tondowski (Glowna 81) kaufte eine Dame ein Paar Schlittschuh für 9 Zloty, die ihr vom Besitzer als vorzügliche Ware aus erstklassigem Stahl angepriesen worden waren. Die Kundin erklärte, daß sie die Schlittschuh, sollten sie sich als schlecht erweisen, zurückbringen würde. Tondowski war damit einverstanden. Gestern kehrte die Kundin in Begleitung ihres Bruders in das Geschäft zurück und verlangte Umtausch der Schlittschuhe oder Rückgabe des Geldes. Tondowski lehnte diese Forderung ab. Die Ware sei gut. Da ergriff der Bruder der Käuferin die Schlittschuhe und bog sie ohne Schwierigkeit krumm. Im Laden entstand ein großer Tumult. (p)

Gedenktafel für gefallene Schüler.

Am 19. März findet im Staatlichen Kopernikusgymnasium (Srodmiejska 41) die Enthüllung einer Gedenktafel statt, die zu Ehren ehemaliger Schüler der Anstalt, die in den Jahren 1914—1920 im Kriege für die Unabhängigkeit Polens gefallen sind, geschaffen wurde. Die Direktion des Gymnasiums bittet Angehörige oder Bekannte dieser ehem. Zöglinge um Adressen oder Zusendung näherer Angaben.

Uebertragung des Militärbüros.

Das bisher im Hause Zawadzka 11 untergebrachte Militärbüro des Magistrats wird am 27. Februar nach der Petrikauer 165 übertragen werden. Die Telephonnummer verbleibt dieselbe. (a)

Der heutige Nachtdienst in den Apotheken.

K. Leinwebers Erben, Plac Wolnosci 2; J. Hartmanns Erben, Mlynarska 1; W. Danielecki, Piotrkowska 127; A. Perelmann, Cegielniana 64; J. Zimmer, Wolczanska 37; F. Wojcickis Erben, Napiorkowskiego 27

Auszahlung der außerordentlichen Unterstützungen.

Der Lodzer Magistrat gibt bekannt, daß die Auszahlung der außerordentlichen Unterstützungen für den Monat Februar am Freitag, dem 24. Februar, im Lokal des Amts, Zeromskiego 44, von 9 bis 14 Uhr vorgenommen werden wird.

Arbeitslose, in deren Familie, mit der sie zusammenwohnen, wenigstens ein Mitglied arbeitet, können diese Unterstützung nicht erhalten.

Die entsprechenden Dokumente sind mitzubringen.

Das wilde Bauwesen.

In vier Monaten 312 Häuser ohne Erlaubnis errichtet.

Dem Lodzer Wojewodschaftsamt wurde von der Bauabteilung des Lodzer Magistrats ein Bericht über das wilde Bauwesen in Lodz zugesandt. Der Bericht bespricht das letzte Vierteljahr 1932 und den Monat Januar 1933. Diesem Dokument entnehmen wir nachstehende Angaben.

Während der vier Monate wurden in Lodz nicht mehr und nicht weniger als 312 Gebäude ohne vorschriftsmäßigen Plan errichtet, also wild aufgebaut. Von diesen 312 sind 129 Wohnhäuser, 74 für Industrie- und Handelszwecke, 69 Wirtschaftsgebäude und 36 kleinere für verschiedene Zwecke errichtete Bauten.

Das wilde Bauwesen macht in unserer Stadt, man könnte sagen, eine Blütezeit durch. Als Ursache dafür betrachtet die Bauabteilung: die Armut der Bevölkerung, die zu einem Umgehen der Bauvorschriften zwingt, um auf diese Weise die Kosten für Bestätigung des Bauplans zu ersparen. Der Mangel an Geld in erster Linie läßt die Leute sich vor dem vorschriftsmäßigen Bauen, das sich sehr oft bedeutend teurer stellt, zurückschrecken. Dem Magistrat wiederum fehlt es an dem nötigen Personal für die Bauabteilung. Darum hapert die Aufsicht. Viel Schuld aber trägt daran die Polizei, welche die Bauvergehen zu spät an die Bauabteilung meldet oder es überhaupt nicht tut. So fehlen z. B. für Januar noch 40 Prozent der polizeilichen Meldungen. Ohne diese Meldungen kann aber der Magistrat nichts unternehmen. Denn der Weg zur Verhütung der Errichtung eines Gebäudes, für das kein amtlich bestätigter Plan vorhanden ist, ist folgender: Ein von der Polizei bemerktes Bauvergehen wird der Bauabteilung am Magistrat gemeldet. Die Abteilung macht der Starostei davon Mitteilung. Diese bevollmächtigt die Bauabteilung zur Unterbrechung des Baues, zur Versiegelung. Weil die Meldungen aber sehr verspätet oder, wie schon gesagt, oft garnicht einfließen, kommt es vor, daß jemand schnell in den Neubau einzieht und auf diese Weise eine Versiegelung verhindert.

Das Ausarbeiten eines Bauplanes in der Bauabteilung des Lodzer Magistrats dauert zwei bis drei Wochen. Eine Ausnahme bilden die Pläne, welche den Bauvorschriften zuwiderlaufen. Die Stadt ist in 6 Baubezirke geteilt, die von 8 Ingenieuren, denen 6 Techniker zur Seite stehen, bedient werden.

Am 7. und 8. Februar sprach im Innenministerium eine Delegation der Bauabteilung in Sachen der Novellisierung des Baugesetzes vor. Unabhängig davon wird der Leiter der Bauabteilung, Schöffe Izdebski, an den Präsidiumsausschuß des Magistrats mit dem Vorschlag herantreten, eine Sonderkommission für Bauangelegenheiten ins Leben zu rufen. Vielleicht, daß es dann besser werden wird. Andernfalls wird unsere Stadt noch **lange „das häßliche Lodz"** blieben.

Unfall bei der Arbeit.

[illegible] der Fabrik von Sliwkiewicz (Pomorska 16) geriet gest[illegible]er Pieprzowa 17 wohnhafte Abram Szmeler mit der Hand in das Getriebe einer Maschine und trug erhebliche Verletzungen davon. (p)

Der Hunger.

Vor dem Hause Napiorkowskiego 4 brach die aus Petrikau eingetroffene 22jährige beschäftigungs- und obdachlose Justina Bengsch vor Hunger zusammen. (a)



[50

Die Stimmung in der Umgegend des Schloßgutes hatte sich völlig zugunsten August Richters geändert. Man wußte, daß er ganz anders war als seine Eltern, und daß man sich freuen durfte, wenn er das Gut wieder in die Höhe brachte.

Das Dorf Löbbau profitierte immer mehr von dem Bergwerk. Schon waren hier und da hübsche Arbeiterhäuser entstanden: kleine, freundliche Siedlungen, die beträchtlich vergrößert werden sollten.

Herr von Löwen hatte anläßlich der Verlobung seiner Tochter eine Summe für diese Siedlungsbauten gestiftet. Teutobert Fischer hatte sich auch nicht lumpen lassen, und die reichen Bauern der Umgegend taten es ihnen nach — und es herrschte eine emsige und ersprießliche Tätigkeit.

Zwischendurch fuhr August immer wieder einmal nach Berlin, um etwas über Magdalene zu hören. Er hatte einen geschickten Detektiv mit den Nachforschungen beauftragt, erkundigte sich auch immer wieder beim Polizeipräsidium, ob sie sich nicht inzwischen dort gemeldet hatte.

Es war, als ob sie vom Erdboden verschwunden war. August mußte immer wieder unverrichteter Sache nach Löbbau zurückkehren. Trotz alledem ließ er den Mut nicht sinken. Eine innere Gewißheit sagte ihm, daß er Magdalene finden, daß sie beide glücklich würden.

Theobald und Lucie verlebten inzwischen einen wunschlos glücklichen Brautstand.

Theobald war mit seinem Vater einig darüber, daß er noch einige Jahre in Löbbau blieb, um August zur Seite zu stehen und im Bergwerksbetriebe zu arbeiten. Teutobert Fischer fühlte sich frisch genug, seine Fabrik vorläufig noch allein zu führen — nun, da er wußte, daß sein Sohn sich auf dem rechten Wege befand.

Ostern sollte Theobalds und Lucies Hochzeit sein.

* * *

Magdalene Winter wohnte noch immer bei den Calonnis in Genua.

Sie war zu müde, um sich zu irgendeinem Entschluß aufzuraffen. Hier hatte sie wenigstens ein Zuhause: ein paar Menschen, die sich um sie kümmerten.

In Deutschland hatte sie niemanden. Mutter Hahn wollte sie nicht wiedersehen; sie schämte sich vor ihr, wollte nicht mit ganz leeren Händen dorthin zurückkehren, von wo sie reich und jubelnd ausgezogen war.

Ein Stück nach dem anderen verschwand von den wenigen Habseligkeiten, die ihr geblieben waren. Die Calonnis waren selbst arm, er verdiente nur das nötigste; ihnen konnte sie nicht zur Last fallen.

Man bekam nicht viel für die Schmucksachen; alle ihre kostbaren Kleider hatte sie verkauft: fünfhundert Lire hatte sie dafür bekommen, von einer Schauspielerin, die die eleganten Toiletten für ihre Salonrollen brauchen konnte.

Lange würde es nicht mehr dauern, dann stand Magdalene dem völligen Nichts gegenüber. Sie wußte nicht, was dann werden sollte.

Sie war glücklich, als Cesare Calonni eines Tages mit der Botschaft nach Hause kam, daß sie in seiner Fabrik eine Stelle als Makkaroniarbeiterin bekommen konnte. Sie bekam zwar einen Hungerlohn, kaum zehn Mark in der Woche; aber — sie konnte wenigstens den Calonnis ihren notdürftigen Unterhalt vergüten, wenn sie auch die ganze Woche schwer dafür arbeiten mußte.

Magdalene war ein anderer Mensch geworden in diesen bitteren Wochen. Seelisch und körperlich. Körperlich fühlte sie sich gar nicht recht wohl. Die italienische Kost bekam ihr nicht sonderlich; es gab bei den Calonnis hauptsächlich von den Teigwaren, die Cesare mit aus der Fabrik brachte, als Teil seines Gehalts. Wenig Gemüse und noch weniger Fleisch. Und alles wurde mit diesem penetranten Oel zubereitet, das Magdalenes deutscher Magen so schlecht vertrug und das ihr jedes Gericht verleidete.

Sie aß ganz wenig und war merklich abgemagert. Da sie auch auf ihre Frisur kein Gewicht mehr legen und ihren Körper nicht pflegen konnte, sah sie bald recht heruntergekommen aus.

Früher war sie hier und da einmal in den Straßen der Reichen spazierengegangen. Jetzt hatte sie das ganz aufgegeben; sie wollte nichts mehr davon wissen — sie gehörte nicht mehr dazu, gehörte in das Armenviertel, war viel ärmer, als sie gewesen war, ehe sie das Große Los gewonnen hatte. Jetzt blieb ihr nichts mehr übrig, als sich zu verkriechen und dahinzuvegetieren, solange sie es eben aushielt.

Ihr körperliches Mißbehagen war indes leicht zu ertragen gegenüber den seelischen Qualen, die sie den ganzen Tag nicht losließen und die sie des Nachts so stark überfielen, daß sie stundenlang nicht schlafen konnte.

Würde sie jemals August Richter wiedersehen? Den Mann, den sie liebte und den sie zurückgestoßen hatte? Ob er sie wohl schon ganz vergessen hatte? Sie würde ihn nie, nie vergessen können, das wußte sie.

Ihre Sehnsucht nach ihm wurde identisch mit der Sehnsucht nach Deutschland, nach der verlorenen Heimat.

Diese Sehnsucht verstärkte sich, je mehr es auf Weihnachten zuging. Und dann, am Heiligabend, lag sie in ihrem Bett und weinte lautlos in sich hinein, die ganze Nacht.

Seit diesem Weihnachtsabend verging nicht eine einzige Nacht, in der Magdalene nicht viele Stunden lang geweint hätte. Lange hielt sie das nicht mehr aus, das stand fest. Dazu kam noch, daß sie unter dem Klima litt, das regnerisch und unerträglich lau war. Was hätte sie darum gegeben, einen einzigen richtigen Wintertag zu erleben, mit Frost und viel, viel Schnee! Sie haßte diese ganze, üppige, südliche Pracht: die Palmen und immergrünen Blätter, die überall zu sehen waren. (Fortsetzung folgt.)

Aus dem Gerichtssaal.

Er war liebeshungrig.

Am 18. Juli 1932 versuchte auf dem Felde in Chojny ein junger Mann eine Zofja Salomon zu vergewaltigen. Einige Bauern eilten hinzu und nahmen ihn fest. Es ist der 25 Jahre alte Leon Kustosik. Gestern hatte er sich vor dem Lodzer Bezirksgericht zu verantworten. Es wurde bei verschlossenen Türen verhandelt. Kustosik wurde zu einundeinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. (p)

Engelmacherin.

Am 24. September 1932 kam zum Polizeiposten in Pabianice eine Anna Reinhold und bat um ärztliche Hilfe für ihre 19 Jahre alte Schwester Janina. Ein sofort entsandter Arzt stellte bei der Kranken Blutvergiftung infolge unerlaubten Eingriffs fest. Janina Reinhold und die Hebamme, die den Eingriff ausgeübt hatte, Stefanie Rataj, standen gestern vor dem Lodzer Bezirksgericht.

Die Hebamme erklärte, sie habe sich nur durch die Bitten des Mädchens zu dem Schritt überreden lassen. Nachdem das Gericht festgestellt hatte, daß die Frau schon einmal wegen eines solchen Vergehens 8 Monate Gefängnis abzusitzen hatte, verurteilte es die Angeklagte zu einem Jahr Gefängnis. Janina Reinhold erhielt zwei Monate Gefängnis mit zweijähriger Bewährungsfrist. (p)

Teuer bezahlter Bestechungsversuch.

Im Juli 1932 führten die Finanzbehörden in mehreren Firmen Kontrollen durch. Als man in der Firma M. Zyper erhebliche Ungenauigkeiten feststellte, wurden 13 Bücher nach der Finanzkammer gebracht, wo sie dem Sekretär Lewicki übergeben wurden. Am nächsten Tage kam Zielonagora, der Buchhalter Zypers, zu Lewicki und bat um die Erlaubnis, einige Posten aus dem Hauptbuch abschreiben zu dürfen. Lewicki erklärte sich damit einverstanden. Als er jedoch nach kurzer Abwesenheit in das Zimmer zurückkehrte, überraschte er Z. beim Verstecken von 10 aus dem Hauptbuch herausgerissenen Blättern. Einige Tage später traf Lewicki den Buchhalter auf der Straße. Z. bot ihm für die Herausgabe der kompromittierenden Dokumente 300 Zloty an. Lewicki lehnte ab und benachrichtigte die Polizei.

Nach Einvernahme der Zeugen verurteilte das Gericht den Angeklagten Z. zu 8 Monate Gefängnis und 200 Zl. Geldstrafe. Auf Grund der Amnestie wurde ihm die Hälfte der Strafe geschenkt. (p)

Kunst.

Morgen Konzert von Imre Ungar. Morgen trifft in unserer Stadt der geniale Pianist Imre Ungar ein, um am Donnerstagabend 8.30 Uhr in der Philharmonie sein glanzvolles Spiel hören zu lassen. Das Donnerstagprogramm bringt Schöpfungen von Brahms, Beethoven, Bela Bartok, Chopin, Liszt u. a. Eintrittskarten zu populären Preisen verkauft die Kasse der Philharmonie.

Konzert von Ola Lilit und W. Godik. Ola Lilit und W. Godik sind zwei Namen von großer Bedeutung. Die beiden Künstler haben vor kurzem in Amerika durchschlagenden Erfolg davongetragen. Das Konzert von Ola Lilit und W. Godik findet in der Philharmonie am kommenden Freitag, dem 24. d. Mts., abends um 9 Uhr statt. Das Programm bringt viele neue originelle Schlager aus dem Repertoire der beiden beliebten Künstler. Eintrittskarten verkauft die Kasse der Philharmonie.

Aus dem Reiche.

Zum Lawinenunglück in der Tatra

über das wir schon gestern berichteten, erfahren wir folgende Einzelheiten: Die von der Lawine verschüttete Skiläuferin befand sich in Gesellschaft zweier Männer. Den Männern gelang es im letzten Augenblick zur Seite zu springen, die Frau wurde unterm Schnee begraben. Die beiden Männer alarmierten auf telephonischem Wege die Gebirgsrettungsbereitschaft. Den Bergführern schloß sich eine Gruppe Touristen aus Hala Kondracka an. Ueber die Personalien der Verschütteten fehlen bis jetzt die Angaben, da die Telephonleitung vom Unfallort nach Zakopane zerrissen ist. Gestern begab sich eine zweite Rettungsbereitschaft auf die Suche. (u)

Liebestragödie in Czarnocin.

Gestern gegen 7 Uhr morgens fand man neben einem der Häuser, die von der Lehrerschaft der hiesigen Volksschule bewohnt sind, den 23jährigen Lehrer Jozef Buczkowski auf der Erde liegen. Es wurde festgestellt, daß B. irgend eine beißende Flüssigkeit ins Gesicht gegossen worden war.

Der Lehrer wurde nach dem Krankenhaus in der Drewnowskastraße in Lodz gebracht. Sein Zustand ist schwer.

Die Polizei verhaftete die 27 Jahre alte Wanda Morawika, welche auch angab, die Tat begangen zu haben. Sie hatte Salzsäure verwendet. Das Mädchen behauptet, der Lehrer hätte ihr die Heirat versprochen, letztens aber nichts mehr von ihr wissen wollen. (u)

Vertierte Bauern.

Im Dorfe Sobienie-Kieleczwskie, Kreis Garwolin, überfielen den heimkehrenden 21jährigen Arbeiter Jan Zielinski die Söhne von Bauern des Nachbardorfes Smatkow: Jozef Urbanski und Marjan Strachota. U. war mit einem Bajonett, S. mit einem spitzen Messer bewaffnet. Sie richteten den jungen Menschen so zu, daß er, ins Krankenhaus nach Warschau gebracht, verstarb.

Zielinski hatte am 12. Februar geheiratet. Zur Hochzeitsfeier kam ungeladen der Sohn eines Landwirtes, ein Jan Bilinka. Als der Bräutigam den ungebetenen Gast hinauswies, drohte ihm B. mit seiner Rache. Zwei Tage nach der Hochzeit wurde Zielinski auf dem Jahrmarkte von Strachota und Urbanski (beide von Bilinka gedungen) überfallen. Der zweite Ueberfall, gleichfalls von B. bestellt, endete mit dem Tode Zielinskis. (u)

Chojny. Die 5-Jahresfeier der Ortsgruppe Chojny der DSAP. am vergangenen Sonnabend nahm ähnlich wie alle bisherigen Veranstaltungen dieser Ortsgruppe einen überaus gelungenen Verlauf. Die sehr zahlreich erschienenen Mitglieder und Freunde der Ortsgruppe unterhielten sich bei dem reichhaltigen, aus ernsten und heiteren Sachen bestehenden Programm und nachher bei Tanz und fröhlichem Beisammensein aufs beste. Es war eine echt proletarisch-familiäre Feier, ohne protzenhafte Geldvergeudung, dafür voller Stimmung und Kameradschaft. Die Feier wurde vom Vorsitzenden der Ortsgruppe Gen. Alfred Schleicher mit einer kurzen Begrüßung der Gäste eröffnet, worauf der Beisitzende der Ortsgruppe, Gen. Otto Heike, die Festansprache hielt. Das Programm sah sodann Gesänge eines Männerquartetts (Lange, Kristof, Adler und Hartmann), das in schöner Weise die Lieder „Die wilde Rose" von H. Pastyk und „Tanzliedchen" von F. Nagler vortrug, dankbaren Beifall erntend. Ein Erlebnis für alle war die daraufsolgende Rezitation der Eigendichtung „Marietta" durch das Mitglied der „Thalia"-Bühne Herrn Artur Heine. Das in packender Weise geschilderte und vom Dichter selbst vorgetragene tragische Schicksal der Proletarierin Marietta hat auf die Zuhörer einen nachhaltigen Eindruck gemacht. Zum erstenmal trat auch die Rote-Falken-Gruppe Chojny vor die Oeffentlichkeit und legte durch ein lebendes Bild propagandistischen Inhalts Zeugnis ab von ihrem Können. Dieser erste recht gut gelungene Auftritt der Chojner Roten Falken dürfte ihnen Ansporn zu weiterer emsiger Arbeit sein. Große Freude bereitete allen Festbesuchern der hierauf von acht Jugendgenossinnen in schmucken Kostümen aufgeführte Bauerntanz. Infolge stürmischen Beifalls mußte der Tanz wiederholt werden. Damit war der ernste Teil des Programms beendet und es folgte der Humor, der in erster Linie von den beiden bekannten Vereinshumoristen Adler und Lange bestritten wurde, die je zwei Couplets vortrugen. Beide verstanden es großartig, ihren Vorträgen die humoristische Pointe zu geben und fröhliche Stimmung zu erzeugen. Ein zum Abschluß des Programms aufgeführter lustiger Einakter „Beim Schuster" steigerte noch diese Fröhlichkeit. Bestritten wurde dieser Einakter von den Mitgliedern der Ortsgruppe Wacker, Fekel, Wawerzig und Heine sowie den Jugendgenossinnen Raff und Hartwig. Gespielt wurde recht flott. Stürmischer Beifall lohnte den Mitwirkenden ihre Mühe. Nach Programmschluß kamen die Tische an die Seite und es trat der Tanz in seine Rechte. Aber so wie im Bühnenprogramm traten auch hier die der Partei angehörenden Jugendgenossen in den Vordergrund und nutzten die Tanzpausen aus, um Volkstänze und Jugendspiele aufzuführen, welchem Tun die erwachsenen Besucher mit herzlichem Wohlwollen zuschauten. So vergingen die Stunden in fröhlicher Gemütlichkeit und Herrlichkeit wie im Fluge. Jeder, der die 5-Jahresfeier der Ortsgruppe Chojny mitgemacht hat (leider war Lodz so gut wie gar nicht vertreten!), wird diese gewiß lange Zeit in wirklich angenehmer Erinnerung behalten.

Tomaschow. Registrierung der Baumeister. Im Zusammenhang mit der seinerzeit durchgeführten Kontrolle der Berechtigungen der Baumeister fordert der Magistrat alle Bau- und Zimmermannmeister auf, mit ihren Dokumenten in der technischen Abteilung des Magistrats zu erscheinen. Anmeldungen können nur bis zum 1. März getätigt werden. (u)

— Polizeistreife. In der Nacht vom 18. zum 19. Februar wurde in den Straßen der Stadt von der Polizei eine Streife unternommen. Ein Szymon Jozwiak (Moscickiego 11) wurde angehalten. Es wird gegen ihn der Vorwurf erhoben, von einer Bronislawa Trubostow, der er die Ehe versprochen hatte, 200 Zloty entlockt zu haben. — Der Bäcker Bunda (Wschodnia 9) erhielt ein Strafmandat wegen unhygienischen Zustandes der Bäckerei. (u)

— Taubenjokel. M. Glowinski und J. Pieczynski, beide Nachbarn aus der Wesola 21, konnten sich nicht vertragen, von jeher nicht. Jetzt kam es wieder zu einem Streit. P. warf dem G. (einem Schuster von Beruf) vor, ihm eine Taube gestohlen zu haben. Das konnte der stolze Schuster nicht verzeihen, er überfiel den Pieczynski auf der Straße und schlug ihn blutig. Da er nun einmal Blut geleckt hatte, rannte er ins Haus, aus dem er mit einer Axt wiederkam. Friedlichere Nachbarn aber entrissen ihm die Axt. (u)

Lenczyca. Pferd verursacht Unfall. Die Eisenbahnüberfahrt beim Dorfe Grzonski, Kreis Lenczyca, passierte gestern auf seinem Wagen der 34jährige Andrzej Klonka aus demselben Dorfe. Als ein Zug herannahte, wurde das junge Tier scheu, ging durch und fuhr an eine Telephonsäule, wobei der Wagen zertrümmert wurde. Klonka wurde auf das Pflaster geworfen. Er erlitt einen Bruch der Schädeldecke, der Arme und einiger Rippen. In hoffnungslosem Zustande wurde er in das Kreiskrankenhaus gebracht. (a)

Lask. Unter den Rädern eines Lastautos. Auf der von Lask nach Widawa führenden Chaussee wurde der 49jährige Kazimierz Milaszek aus Zelow von einem Lastkraftwagen überfahren. Er trug den Bruch einiger Rippen und der Schädeldecke davon. Der Chauffeur wurde in Gewahrsam genommen. (a)

Kempen. Humor der Hühnerdiebe. In Bukownica, Kr. Kempen (Pommerellen), sind in einer finsteren Nacht auf der dortigen Propstei sämtliche Hühner — gegen 50 Stück — gestohlen worden. Nur einen Hahn ließen sie zurück, dem sie an den Schwanz einen Zettel banden mit der Aufschrift: „Ein Arbeitsloser".

Sport.

Baldiger Beginn der Fußballspiele

Die diesjährigen Spiele um die Bezirksmeisterschaft sollen Ende März, spätestens aber Anfang April beginnen. Der Spielkalender für die A-Klasse ist noch in Bearbeitung

Orkans Fußballmannschaft aufgelöst.

Die Fußballmannschaft des Sportvereins Orkan, die in den letzten Jahren zu den führenden Mannschaften gezählt werden konnte, hat sich aufgelöst. Die Spieler der ersten wie auch der zweiten Mannschaft erhielten von der Vereinsleitung die „Freigabe".

Vom Lodzer Eishockeysport.

Das am Sonnabend unterbrochene Meisterschaftsspiel zwischen Union-Touring und Triumph kommt morgen um 8 Uhr abends auf dem LKS-Platz zum Austrag. Der Ausgang dieses Spieles ist für beide Vereine höchst wichtig, da der eventuelle Sieger zusammen mit dem Meister (LKS) die Lodzer A-Klasse bilden sollen. Alle übrigen Vereine werden im kommenden Jahre in der B-Klasse spielen.

Das Gesellschaftsspiel LKS — Union-Touring,

welches am vergangenen Sonntag nicht zustandekam, wurde für den kommenden Sonntag verlegt.

Boxen: Heute 10 Kämpfe bei Geyer.

Heute um 8 Uhr abends steigen im Saale bei Geyer zehn Kämpfe zwischen Mitgliedern der Klubs Geyer und Bar-Kochba. Die Paarungen lauten: Spiczak — Morawski, Rubinstein — Zbych, Lieberman — Gdanski, Szymkiewicz — Wojciechowski, Fischer — Mikolajczyk, Wolfowiz — Krum, Paryzer — Zajonc, Bialystok — Wozniakiewicz, Wdowinski — Gawin, Gotheiner — Ostrowski.

Der vorgesehene Kampf zwischen Stahl II und Lipiec kann wegen Unpäßlichkeit des ersten nicht stattfinden.

Polen Sieger bei den slowenischen Meisterschaften.

Bei den slowenischen Meisterschaften, die in Mährisch-Ostrau stattfanden, haben die polnischen Vertreter große Erfolge errungen. Im 3000-Meterlauf siegte Kalbarczyk vor Turnovsky (Tschechei) und Michalak. Im Gesamtklassement bei den Herren wurde Kalbarczyk (Polen) mit der Note 174,3 der erste Platz und der Titel eines slowenischen Meisters zugesprochen. Den zweiten Platz belegte der Tscheche Turnovsky (173,97) vor Strzyzowski, Widawski und Michalak.

Bei den Damen siegte im Gesamtklassement Lena Lukasik (Polen) mit der Note 212,52 vor Kalata (Polen).

Im Herrnkunstlaufen siegte der Tscheche Sliwa vor seinem Landsmann Koudelka und dem Polen Iwasiewicz und Staniszewski. Bei den Damen belegte Frau Veseli (Tschechei) vor Frau Popowicz (P) und Frl. Czor (P) den ersten Platz.

Im Paarkunstlaufen siegte das polnische Meisterpaar Bilor-Kowalski vor dem Ehepaar Veseli und dem zweiten polnischen Paar Rudnicka-Theuer.

Die nächsten slowenischen Meisterschaften kommen im Jahre 1934 in Warschau zum Austrag.

Von der Eishockeyweltmeisterschaft.

Die am Montag ausgetragenen Meisterschaftsspiele zeitigten nachstehende Resultate:

Oesterreich — Rumänien 7:1.
Polen — Belgien 1:0.

Durch den Sieg Polens über Belgien kommt Polen in die Zwischenrunde, die bereits gestern begonnen hat.

Aus dem deutschen Gesellschaftsleben

Deutscher Schul- und Bildungsverein. Der Vortrag von Joh. Ahlers „Wende der Wirtschaftskrise?" findet heute im Raume des Vereins (Petrikauer Str. 111) um 8 Uhr abends statt. Eine bekannte Persönlichkeit über ein so zeitgemäßes Thema sprechen zu hören dürfte eine zahlreiche Zuhörerschaft versammeln.

U.U.K.

Achtung, Lagenkassierer! Fall 27 geht als Freilage.

Wirb neue Leser für dein Blatt!